

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 6. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. August 2005, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängern</b>	<b>4</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/83	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/91	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/115	
<b>3. 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit</b>	<b>7</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/43 (neu)	
Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/133	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängern**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/83

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/91

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Sozialausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/98

Vor dem Hintergrund der Beratung der Anträge am 8. Juni und dem Zwischenbericht des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vom 30. Juni d. J., Umdruck 16/98, bewertet RL Kruse die in dieser Angelegenheit eingesetzte Entwicklung positiv. Insbesondere aufseiten der Bundesagentur für Arbeit habe es eine sehr starke Kooperationsbereitschaft gegeben und man könne feststellen, dass zumindest in diesem Jahr die Betreuung der der SGB-II-Jugendlichen unabhängig davon, ob sie in einer Optionskommune oder in einem Kreis wohnen, der durch Arbeitsgemeinschaften betreut werde, im Rahmen ihrer Ausbildung erfolge. Der Minister für Justiz, Arbeit und Europa habe mit der Regionaldirektion Nord der BA eine Zusammenarbeitsvereinbarung geschlossen, in der das Thema einen breiten Raum einnehme, und man stelle fest, dass beispielsweise im Bereich der Berufsvorbereitung, der Berufsorientierung und der Berufsberatung schon die Sachlage gegeben sei, dass alle Jugendlichen betreut würden.

Im Bereich der Ausbildungsvermittlung gebe es einen gesetzlich gewollten Zuständigkeitsunterschied: in Optionskommunen seien die optierenden Kreise gesetzlich auch für das Vermittlungsgeschäft zuständig, während es in den Arbeitsgemeinschaften anders sei. Es gebe trotzdem das Angebot der BA, für die Jugendlichen das Vermittlungsgeschäft in den Optionskreisen gegen Kostenerstattung zu übernehmen. Nach Kenntnis des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa werde der Kreis Schleswig-Flensburg in Kürze eine Vereinbarung mit der Regionaldirektion beziehungsweise mit der Arbeitsagentur abschließen. Der Kreis Nordfriesland sei noch nicht so weit; dieser präferiere ein Modell, das bedeute, dass er das gesamte

Vermittlungsgeschäft übernehme. Diesbezüglich gebe es gesetzliche Hürden. Im Rahmen der Durchführung der erwähnten Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Land und der Regionaldirektion werde man auch über dieses Thema sowie über die Themen Datenaustausch und vernünftige Kooperation, ohne gleich Gesetzesbruch zu begehen, reden. Auch der Landrat des Kreises Nordfriesland habe seine Bereitschaft erklärt, in der Steuerungsgruppe, die diese Zusammenarbeitsvereinbarung betreuen werde, mitzuwirken. Ebenso gehörten Vertreter der Arbeitsgemeinschaften als auch der Regionaldirektion Nord dieser Steuerungsgruppe an. Insoweit sei man zuversichtlich, dass man auch hier im Rahmen einer vernünftigen „untergesetzlichen“ Kooperation positive Ergebnisse erzielen werde, die den benachteiligten Jugendlichen helfen würden.

Auf Anregung der Abgeordneten Harms und Dr. Garg wird sich der Ausschuss in zwei, drei Monaten erneut über den Sachstand informieren lassen und danach gegebenenfalls auch eine Anhörung der Betroffenen durchführen. Bis dahin setzt der Ausschuss die abschließende Erörterung der Anträge Drucksachen 16/83 und 16/91 aus.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/115

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Im Rückgriff auf die in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum des Landtags ausgetauschten Argumente kommt der Ausschuss einmütig überein, vor einer weiteren Befassung mit dem Gesetzentwurf zunächst den Wissenschaftlichen Dienst um eine Stellungnahme zur landesgesetzlichen Zuständigkeit angesichts des Sachverhalts, das Bereederungsverträge für die deutschen Forschungsschiffe in erster Linie vom Bund abgeschlossen werden, zu bitten, wozu auch die Rechtsauffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages abgefragt werden soll.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/43 (neu)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 16/133

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Sozialausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hebt in seinen Erläuterungen zum vorliegenden Bericht vor allem die positive Bewusstseinsveränderung beim Kriterium „Barrierefreiheit“ von einer „Behindertenfreundlichkeit“ zur „diskriminierungsfreien Teilhabe“ von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbedingungen hervor - bei der Ausbildung, bei der Nutzung des Internets, bei Gebäuden, beim Personenverkehr, bei der Inanspruchnahme touristischer Angebote. „Barrierefreiheit“ bedeute so nicht mehr Rücksichtnahme auf eine Sondergruppe „Menschen mit Behinderung“, sondern sei ein Qualitätsmerkmal. Eine besondere Bitte des Landesbeauftragten an den Wirtschaftsausschuss geht dahin, bei öffentlicher Förderung das Qualitätsmerkmal Barrierefreiheit noch deutlicher als bisher herauszuarbeiten. Hier seien als Beispiele Ausschreibungsverfahren im Schienenverkehr genauso zu nennen wie Vorgehensweisen der GMSH.

In der folgenden Aussprache erkennen die Ausschussmitglieder das Erfordernis einer nachhaltigen Bewusstseinschärfung in der Gesellschaft für die Erfüllung des Qualitätsmerkmals Barrierefreiheit an und nehmen für die Erörterung eines ersten Themenbereiches „Barrierefreiheit im Bereich des Tourismus“ den Zeitraum Januar/Februar 2006 für eine umfassende Beratung unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums, der TASH, der DEHOGA und eventuell weiterer Beteiligter in Aussicht.

Unbeschadet einer späteren Fortsetzung der Beratung der im 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung genannten Komplexe nimmt der Ausschuss an dieser Stelle die Drucksache 16/43 (neu) formal abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Garg spricht einen Artikel in der „SH Landeszeitung“ vom 12. August d. J. an, der die Überschrift trage: „Hat sich die NOB übernommen?“, und bittet um schriftliche Aufklärung in dieser Angelegenheit. - St'in Wiedemann erwidert, im Kern gehe es bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerium und der NOB um die Frage, ob die Fahrgastzahlen höher seien, als man ursprünglich angenommen habe. Diese höheren Fahrgastzahlen würden von der NOB behauptet. Das MWWV sei davon jedoch nicht überzeugt und die Angaben seien im Augenblick auch nicht verifizierbar. Sollte sich diesbezüglich Handlungsbedarf ergeben, werde man darüber gern schriftlich informieren.

Abg. Harms erkundigt sich nach dem neuesten Stand bezüglich der Entwicklungen beim Thema Offshore-Hafen Husum. - St'in Wiedemann erwidert, das auch in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 22. Juni 2005 angesprochene neue Gutachten in Sachen Husumer Hafen sei in Arbeit; die Zeitvorgabe für die Erstellung dieses Gutachtens erstrecke sich auf etwa zwei Monate und es solle der Frage nachgehen, welche Voraussetzungen beim Husumer Hafen zur Erfüllung der Funktion als Offshore-Hafen für Wartung und Service gegeben sein müssten. Vereinbarungsgemäß werde das MWWV über weitere Entwicklungen beim Husumer Hafen gegenüber dem Ausschuss berichten, wenn das genannte Gutachten ausgewertet worden sei. Bezüglich des Planfeststellungsverfahrens gebe es keine aktuellen Veränderungen.

Abg. Harms begrüßt Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden, wonach sich dieser und die Landesregierung für eine Verbesserung der Schiffsverbindungen nach Helgoland einsetzen wollten. Er, Abg. Harms, wolle wissen, ob dies auch für andere Inseln und Halligen Geltung habe. Bekanntlich sollten die Wochenendfahrten zur Hallig Hooge durch die Wyker Dampfschiffs-Reederei gestrichen werden.

Abg. Feddersen berichtet hierzu, dass es sachlich nicht richtig sei, dass die Fahrten zur Hallig Hooge eingeschränkt werden sollten. Es gehe lediglich darum, dass wegen geringer Nachfrage die Wochenendfahrten sonabends und sonntags durch den Einsatz eines Motorbootes erfolgen sollten. Dies gelte auch nur für die Wochenenden von November bis zu den folgenden Osterferien. Richtig sei also, dass die WDR Personalkosten einsparen, aber nicht die Verkehre verringern wolle.

St'in Wiedemann erklärt abschließend, dass bezüglich Helgoland Gespräche mit der Reederei liefen und dass das MWWV selbstverständlich auch die Linienverkehre zu den anderen Inseln und Halligen im Auge habe und gegebenenfalls unterstützend einwirke.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer